



– Beschlusskammer 6 –

Beschluss

Az. BK6-17-158

In dem Besonderen Missbrauchsverfahren

der Bäckerei [REDACTED],

vertreten durch die Fa. [REDACTED],

[REDACTED]

– Antragstellerin –

zur Überprüfung des Verhaltens

der E.DIS Netz GmbH, Langewahler Straße 60, 15517 Fürstenwalde/Spree,

vertreten durch die Geschäftsführung,

– Antragsgegnerin –

wegen: Stornierung einer Lieferantenzuordnung

hat die Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann,

durch den Vorsitzenden Christian Mielke,

den Beisitzer Andreas Foxel

und den Beisitzer Jens Lück

am 26.03.2018 beschlossen:

1. Die Anträge werden abgelehnt.
2. Eine Entscheidung über die Kosten bleibt vorbehalten.

Gründe

I.

Die Parteien streiten über die Zulässigkeit der Stornierung einer bereits bestätigten Lieferanmeldung durch den Netzbetreiber im Rahmen der Auflösung einer Lieferantenkonkurrenzsituation.

1. Der Antragsteller ist ein Gewerbetreibender, der im Dezember 2016 an der Entnahmestelle [REDACTED] eine Bäckereifiliale neu eröffnete. Die Antragsgegnerin ist Betreiberin des Energieversorgungsnetzes der allgemeinen Versorgung unter anderem auf dem Gebiet der Gemeinde [REDACTED].

2. Am 30.11.2016 beauftragte der Antragsteller über seinen Energieberater (Fa. [REDACTED]) den Energielieferanten [REDACTED] (nachfolgend: Neulieferant) damit, die neu zu eröffnende Bäckereifiliale des Antragstellers unter oben genannter Adresse ab dem 05.12.2016 mit Strom zu beliefern. Die in der Folge durch den Neulieferanten an die Antragsgegnerin am 08.12.2016 übermittelte Netzanmeldung mittels des elektronischen Geschäftsprozesses „Lieferbeginn“ bestätigte die Antragsgegnerin am 16.12.2016 rückwirkend zum 05.12.2016.

Da der Antragsgegnerin für den Zeitraum vom 20.11.2016 bis 04.12.2016 keine explizite Anmeldung eines Lieferanten für diese Entnahmestelle vorlag, meldete die Antragsgegnerin am 13.12.2016 die Entnahmestelle für obigen Zeitraum rückwirkend in die Grund-/Ersatzversorgung an.

Nach Angaben der Grundversorgerin verfügte sie zum Zeitpunkt des Eingangs dieser Nachricht in ihrem IT-System noch nicht über eine aktualisierte Datenlage in Bezug auf die betreffende Entnahmestelle, weshalb sie die Meldung der Antragsgegnerin vom 13.12.2016 ablehnte.

Einen Tag später, am 14.12.2016, meldete die Grundversorgerin die streitgegenständliche Entnahmestelle bei der Antragsgegnerin mit dem Transaktionsgrund „Einzug“ zur Belieferung in der Grundversorgung für den Zeitraum ab dem 20.11.2016, jedoch zeitlich unbefristet, an. Die An-

tragsgegnerin lehnte diese Anmeldung noch am selben Tag automatisiert mit der Begründung ab, es befinde sich noch eine anderweitige Anmeldung in Bearbeitung.

Am 20.12.2016 meldete die Grundversorgerin die Entnahmestelle bei der Antragsgegnerin erneut für den Zeitraum ab dem 20.11.2016 zeitlich unbefristet an. Die Antragsgegnerin erteilte am 23.12.2016 zu dieser Anmeldung elektronisch ihre Zustimmung. Sie ordnete die Grundversorgerin der Entnahmestelle rückwirkend ab dem 20.11.2016 zu. Die ehemals zum 05.12.2016 bereits gegenüber dem Neulieferanten bestätigte Anmeldung wurde von der Antragsgegnerin wieder aufgehoben. Die Antragsgegnerin übersandte dem Neulieferanten daraufhin eine Informationsmeldung über die Aufhebung seiner Zuordnung.

In der Folge entwickelte sich zwischen dem Antragsteller und der Grundversorgerin eine umfangreiche Streitigkeit hinsichtlich des Bestehens eines wirksamen Grundversorgungsvertrages. Der Antragsteller erhielt sowohl vom Neulieferanten als auch von der Grundversorgerin Rechnungen für die Stromlieferung im Jahr 2017. Der Antragsteller verweigerte zunächst die Zahlung des seitens der Grundversorgerin in Rechnung gestellten Betrags. Nachdem die Grundversorgerin dem Antragsteller jedoch mit Schreiben vom 28.03.2017 eine Mahnung mit Sperrandrohung sowie mit Schreiben vom 07.04.2017 eine Sperrankündigung übersandt hatte, erfüllte der Antragsteller die Forderung und verweigerte daraufhin die Duldung des im Auftrag der Grundversorgerin durchgeführten Sperrversuchs mit Verweis auf die bereits erfolgte Zahlung. Der Antragsteller erhielt auch weiterhin Rechnungen von der Grundversorgerin.

3. Mit Schriftsatz vom 12.07.2017, bei der Bundesnetzagentur eingegangen am 14.07.2017, hat der Antragsteller einen Antrag auf Durchführung eines besonderen Missbrauchsverfahrens gemäß § 31 EnWG, gerichtet gegen den „Netzbetreiber[s] edis AG“, gestellt. Mit Schreiben vom 18.07.2017 hat die Beschlusskammer der Antragsgegnerin Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Vorwürfen gegeben. Mit Schreiben vom 25.09.2017 ist auch die Grundversorgerin zur Stellungnahme aufgefordert worden. Die Beschlusskammer hat die am 08.08.2017 eingegangene Stellungnahme der Antragsgegnerin sowie die am 05.10.2017 eingegangene Stellungnahme der Grundversorgerin mit Schreiben vom 29.11.2017 an den Antragsteller weitergeleitet und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme zu den darin gemachten Ausführungen gegeben. Mit Schreiben vom 30.01.2017, eingegangen am 02.02.2018, hat der Antragsteller hierzu Stellung genommen.

4. Der Antragsteller vertritt die Auffassung, dass es nach dem Grundgedanken des EnWG inakzeptabel sei, wenn die Antragsgegnerin dem Letztverbraucher vorschreibe, welchen Lieferanten er zu wählen habe. Sie schiebe ihm die Grundversorgung unter. Dies geschehe unter Verstoß gegen entflechtungsrechtliche Vorschriften. Die Anmeldung der Grundversorgerin sei

rechtswidrig. Die Antragsgegnerin habe den vom Antragsteller ausgewählten Lieferanten wesentlich zwangsweise abgemeldet. Die Antragsgegnerin sei zumindest als Zustandsstörerin mittelbar verantwortlich, wenn die Grundversorgerin den Letztverbraucher rechtswidrig nötige, eine illegale Grundversorgung mit der Androhung von Sperrung bezahlen zu müssen. Des Weiteren habe die Antragsgegnerin die Sperrung weder nach § 24 Abs. 4 NAV drei Tage im Voraus angekündigt, noch habe sie nach § 24 Abs. 3 NAV mögliche Einreden des Antragstellers geprüft.

Der Antragsteller beantragt wörtlich:

„- dass die Bundesnetzagentur verfügt, die zwischen 05.12.-23.12.2016 am Netz der Antragsgegnerin angemeldete [REDACTED] wieder in den vorigen Stand einzusetzen und die zwangsweise Grundversorgung zu unterbinden. Soweit das Amtsgericht [REDACTED] hierzu vorläufigen Rechtsschutz gegeben haben wird, wird dies der Spruchkammer zeitnah mitgeteilt.

- Das Verhalten der Netzbetreiberin auf Verstoß gegen ihre Kernkompetenzen gem. § 6 EnWG soll untersucht und ggf. sanktioniert werden. Eine Sanktion scheint erforderlich, da die Netzbetreiberin die Entflechtung und Transparenz immer noch nicht glaubhaft nachweist.

- Eine Sanktion scheint auch erforderlich, um dem Antragsteller die zivilrechtliche Verfolgung auf finanziellen Ersatz erlittenen Schadens aus genötigter externer Fach- und rechtlicher Beratung besser zu stellen und die Netzbetreiberin auf Vermeidung künftiger Verstöße auch wirtschaftlich spürbar anzuhalten.

- Eine verschärfte Sanktion wird auch darauf hin beantragt, dass die Antragsgegnerin unzulässig Faustrecht ausüben will, und damit die Störung eines ungehinderten Gewerbebetriebs vorsätzlich betreibt. Sie verstößt gegen §24 Abs. 5 NAV.

- die Bundesnetzagentur verfügt, dass die Netzbetreiberin ihr Qualitäts-Management dahin bessert, dass jeglicher indizierter Geschäftsvorgang mit Marktteilnehmern nicht mehr mit bloßer, nicht bindender Information, sondern prüfbarem Beschluss abzuschließen ist. Derzeit erhalten Verfahrensfehler nur 'open end', was dem Marktteilnehmer nicht zuzumuten ist.

- Die Bundesnetzagentur verfügt schriftliche Rechtsbelehrung aller Mitarbeiter bei der Antragsgegnerin hinsichtlich der einzuhaltenden Pflichten nach NAV und letztere hat diese Rechtsbelehrung umfänglich nachzuweisen. Der Antragsteller erhält eine Abschrift dieser Rechtsbelehrung.“

Die Antragsgegnerin beantragt sinngemäß,

die Anträge der Antragstellerin zurückzuweisen.

Sie gibt an, keine Aussage zu Belieferungszusagen bzw. Vertragsübernahmen bezogen auf den Antragsteller treffen zu können. Eine Aussage sei allein zu den der Antragsgegnerin bekannten Ab- und Anmeldungsvorgängen hinsichtlich der Netznutzung möglich. Die Antragsgegnerin habe der Anmeldung des Neulieferanten für den Antragsteller mit dem Transaktionsgrund Ein-/ Auszug (Umzug) am 16.12.2016 und mit Wirkung zum 05.12.2016 zugestimmt.

Nachdem am 20.12.2016 die Grundversorgerin für die Entnahmestelle des Antragstellers eine Anmeldung zum 20.11.2016 eingereicht habe, sei dieser Meldung von Seiten der Antragsgegnerin am 23.12.2016 zugestimmt worden.

5. Die Bundesnetzagentur hat den Beschlussentwurf gemäß §§ 55 Abs. 1, 58 Abs. 1 Satz 2 EnWG dem Bundeskartellamt und der zuständigen Landesregulierungsbehörde mit der Gelegenheit zur Stellungnahme übersandt.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Verfahrensakte Bezug genommen.

II.

1. Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur als Regulierungsbehörde für die vorliegende Entscheidung folgt aus § 54 Abs. 1 Satz 1 EnWG, da es sich bei der Antragsgegnerin um einen Netzbetreiber mit über 100.000 angeschlossenen Kunden handelt. Entgegen der vom Antragsteller verwendeten Firmierung „e.dis AG“ geht die Beschlusskammer in Auslegung des Antrages davon aus, dass der Antragsteller tatsächlich den örtlichen Netzbetreiber „E.DIS Netz GmbH“ gemeint hat, zumal er an verschiedenen Stellen des Schriftverkehrs unmittelbar den „Netzbetreiber“ im Text adressiert hat.

Die Beschlusskammer ist zur Entscheidung gemäß § 59 Abs. 1 Satz 1 EnWG berufen.

2. Der zulässige Missbrauchsantrag ist unbegründet. Das Verhalten der Antragsgegnerin verstößt im Sinne des § 31 Abs. 1 EnWG weder gegen Vorgaben in den Bestimmungen der Abschnitte 2 und 3 des EnWG noch gegen auf dieser Grundlage erlassene Rechtsverordnungen oder nach § 29 Abs. 1 EnWG festgelegte bzw. genehmigte Bedingungen.

a) Zum einen hat die Antragsgegnerin nicht gegen die Geschäftsprozesse zur Anbahnung und Abwicklung der Netznutzung bei der Belieferung von Kunden mit Elektrizität (so genannter „GPKE“-Beschluss) in der zum streitgegenständlichen Zeitpunkt geltenden Fassung (Fassung gemäß Beschluss BK6-11-150 vom 28.10.2011, gültig ab 01.04.2012 bis einschließlich 30.09.2017) verstoßen, indem sie der unbefristeten Anmeldung der Grundversorgerin vom 20.12.2016 mit Lieferbeginn ab dem 20.11.2016 zustimmte und in diesem Zuge die bereits bestehende Zuordnung des vom Antragsteller beauftragten Lieferanten mit Lieferbeginn ab dem 05.12.2016 aufhob.

Dieses Vorgehen entsprach den für die Auflösung von Konfliktszenarien vorgesehenen Regelungen der Ziffer 2.4 der GPKE.

In dem genannten Abschnitt sind standardmäßige Vorgehensweisen hinterlegt, die der Netzbetreiber – typischerweise automatisiert – abzuarbeiten hat, sofern ihm zu einem bestimmten Zeitpunkt die Meldungen mehrerer Lieferanten vorliegen, die gleichzeitig den Anspruch auf Belieferung derselben Entnahmestelle erheben.

Für Fälle dieser Art sieht die GPKE-Festlegung eine schematische Vorgehensweise vor, da der Netzbetreiber aufgrund des ihm auferlegten neutralen Verhaltens und aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen informatorischen Entflechtung regelmäßig keine Kenntnis über das berechnete oder unberechtigte Bestehen eines behaupteten Vertragsverhältnisses hat.

Für den hier einschlägigen Fall einer eingehenden Anmeldung mit einem Anmeldedatum (hier: 20.11.2016), welches vor dem Anmeldedatum eines anderen Lieferanten (hier: 05.12.2016) liegt, sieht die Konfliktauflösung der GPKE vor, dass die frühere Anmeldung, soweit sie auch den Zeitraum der späteren Zuordnung (hier: ab 05.12.2016) betrifft, die dortige Zuordnung überschreibt.

Der zum späteren Zeitpunkt (05.12.2016) zugeordnete Lieferant wird vom Netzbetreiber über die Neuordnung der Entnahmestelle nur informiert (vgl. GPKE, Abschnitt 2.4., Tabelle, S. 18 des Prozessdokumentes). So lag der Fall hier.

Aus welchen Gründen die Grundversorgerin die Entnahmestelle ab dem 20.11.2016 auf unbefristete Zeit angemeldet hat, obwohl die Antragsgegnerin die Entnahmestelle zuvor für einen begrenzten Zeitraum (20.11.2016 bis 04.12.2016) zur Grund-/Ersatzversorgung angemeldet hatte, kann der Netzbetreiber nicht überprüfen, da er keine Einsicht in die Vertragsverhältnisse der Stromlieferanten mit ihren Kunden hat.

Zudem wäre dieser an die Grund-/Ersatzversorgerin gerichtete Vorwurf getrennt gegenüber dieser zu prüfen und nicht in dem hiesigen Missbrauchsverfahren gegenüber der Antragsgegnerin.

b) Des Weiteren hat die Antragsgegnerin auch nicht gegen § 24 Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) verstoßen, indem sie den Versuch unternahm, einen Sperrauftrag der Grundversorgerin durchzuführen.

Gemäß § 24 Abs. 3 NAV ist der Netzbetreiber berechtigt, auf Anweisung des Lieferanten des Anschlussnutzers die Anschlussnutzung zu unterbrechen, soweit der Lieferant dem Anschlussnutzer gegenüber hierzu vertraglich berechtigt ist und der Lieferant das Vorliegen der Voraussetzungen für die Unterbrechung gegenüber dem Netzbetreiber glaubhaft versichert und den Netzbetreiber von sämtlichen Schadensersatzansprüchen freistellt, die sich aus einer unberechtigten Unterbrechung ergeben können; dabei ist auch glaubhaft zu versichern, dass dem Anschlussnutzer keine Einwendungen oder Einreden zustehen, die die Voraussetzungen der Unterbrechung der Anschlussnutzung entfallen lassen.

Nach dieser Regelung ist eine eigene Überprüfung der vertraglichen Berechtigung bzw. der möglichen Einwendungen und Einreden des Kunden durch die Antragsgegnerin entgegen der Ansicht des Antragstellers gerade nicht vorgesehen, da der Netzbetreiber in der Regel keinen Einblick in die Vertragsverhältnisse zwischen dem Lieferanten und dessen Kunden hat¹.

Daher genügt es, wenn der Lieferant die oben genannten Voraussetzungen gegenüber dem Netzbetreiber glaubhaft versichert.

Damit war die Antragsgegnerin grundsätzlich berechtigt, den Sperrauftrag auf Anweisung der Grundversorgerin durchzuführen.

Darüber hinaus war die Antragsgegnerin auch nicht verpflichtet, den Beginn der Unterbrechung der Anschlussnutzung drei Werktage im Voraus anzukündigen.

Dabei kann dahinstehen, ob die Ankündigungspflicht des Netzbetreibers nach § 24 Abs. 4 S. 1 NAV sich nur auf § 24 Abs. 2 NAV oder auch auf den hier einschlägigen § 24 Abs. 3 NAV bezieht. Denn selbst wenn § 24 Abs. 4 Satz 1 NAV die Fälle des § 24 Abs. 3 NAV mit einbezieht, so war die Grundversorgerin bereits vorrangig gemäß § 19 Abs. 3 StromGVV zur Ankündigung verpflichtet, sodass die Pflicht der Antragsgegnerin zur Ankündigung der Unterbrechung gemäß

¹ Vgl. BR Drs. 367/06 S. 63.

§ 24 Abs. 4 Satz 2 StromNAV entfallen ist².

3. Die Erhebung von Kosten nach § 91 EnWG bleibt einem gesonderten Verfahren vorbehalten.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs.1 EnWG).

Christian Mielke

Andreas Fixel

Jens Lück

Vorsitzender

Beisitzer

Beisitzer

² Vgl. *Hartmann/Blumenthal-Barby* in: Danner/Theobald, Energierecht, 95. EL Oktober 2017, § 24 NAV, Rn. 37 f.